



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 30. Januar 2018
Kantonsratspräsidentin Vroni Thalman-Bieri

A 355 Anfrage Celik Ali R. und Mit. über die Nachhaltigkeitsstrategie der zukünftigen Bildungspolitik des Kantons Luzern / Bildungs- und Kulturdepartement

Ali R. Celik ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Ali R. Celik: Die Antwort des Regierungsrates enthält viele zentrale Informationen und Handlungshinweise zur künftigen Bildungspolitik und zur Bildungsstrategie des Kantons. In seiner Antwort schreibt der Regierungsrat: „Bildung erbringt ebenso eine bedeutende Integrationsleistung. Mit ihren Angeboten reagiert sie auf gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderungen und gestaltet den Wandel in seiner Lebendigkeit und Dynamik aktiv mit.“ Um diese Ziele zu erreichen, skizziere ich einige Herausforderungen, welche für eine künftige Bildungspolitik zu beachten sind. Die Heterogenität der Lernenden und die Geburtenzahlen nehmen zu. Die Anzahl der Lernenden in gewissen Schulbereichen steigt, und es braucht vermehrt Tagesstrukturen. Die Erwartungen der Wirtschaft steigen kontinuierlich, und es macht sich ein Fachkräftemangel bemerkbar. In einigen Bildungsbereichen braucht es neue Schulräume und Infrastrukturen. Die Verfügbarkeit der neuen Technologien und die Nutzung digitaler Medien werden unabdingbar. Die soziokulturelle Vielfalt der Bevölkerung und die Förderung der Migrantenkinder, insbesondere im Mittel- und Hochschulbereich, sind eine Herausforderung. Die Hochschulen und die Universität Luzern benötigen mehr finanzielle Ressourcen, damit sie weiterhin konkurrenzfähig bleiben. Die Kosten pro Studierenden liegen deutlich unter dem schweizerischen Durchschnitt. Die Universität Luzern, die Pädagogische Hochschule Luzern sowie die Hochschule Luzern sind mit Eigenkapital unterdotiert. Sie können kaum Eigenkapital bilden, da sie höchstens 10 Prozent des jährlichen Bruttoaufwands erreichen dürfen. Gewinne, die darüber liegen, gehen an den Kanton. Trotz einer ausführlichen Antwort fehlt eine langfristige Bildungsstrategie mit einem Zeitrahmen zur Erfüllung der erwähnten Zielbeschreibung. Die Politik muss personell und infrastrukturell mehr unternehmen, damit der Kanton den bildungspolitischen Anschluss nicht verpasst und die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung des Kantons optimal gefördert werden können. Die Antwort der Regierung ergibt nicht nur wichtige Hinweise zu den künftigen Herausforderungen in der Bildungspolitik, sondern sie bildet auch eine Diskussionsgrundlage.

Gaudenz Zemp: Der Vorstoss enthält viele gute Fragen. Die Antworten der Regierung zeigen, dass die Finanzierung im Bildungsbereich extrem komplex, wenn nicht gar zu komplex ist. Die Systeme sind heute kaum mehr verlässlich führbar. Die Bildung ist eine Verbundaufgabe zwischen Bund, Kantonen, Gemeinden und den Organisationen der Arbeitswelt. Diese Verbundpartner stehen finanziell gesehen sehr unterschiedlich da. Der eine könnte sich etwas leisten, das der andere sich nicht leisten kann. Man ist aber gezwungen, die Leistung gemeinsam zu finanzieren, und das System kommt zunehmend an

seinen Anschlag. Es bestehen zwei Lösungsmöglichkeiten. Entweder reformiert man das System grundlegend oder man findet sich mit dieser unbefriedigenden finanziellen Planbarkeit ab. Im Moment scheint es, als müsse man sich mit der Situation abfinden. Es gilt zu akzeptieren, dass man nicht weiss, ob man sich ein bestehendes Angebot in fünf oder zehn Jahren noch leisten kann. In diesem Fall ist auch bei langfristigen Planungsberichten Zurückhaltung gefragt. Aufwand und Ertrag stehen in einem schlechten Verhältnis. Deshalb stimmen wir in diesem Punkt mit den Aussagen der Regierung überein. Wenn die Finanzen im Wirkungsbereich nachhaltig gestaltet werden sollen, müssen die Kosten im Griff gehalten und kein Kostenwachstum zugelassen werden. Nur dann sind die Chancen einer gemeinsamen Finanzierung mit den Verbundpartnern am grössten. Die FDP hat den Eindruck, dass die Regierung versucht, zielstrebig Einfluss zu nehmen. Leider ist das sehr anspruchsvoll, und viele Entscheide lassen sich nicht allein auf Kantonsebene fällen. Die FDP unterstützt den Bildungs- und Kulturdirektor weiterhin bei seinen Aktivitäten.

Helene Meyer-Jenni: Obwohl die Antwort des Regierungsrates neun Seiten umfasst, befriedigt sie nur beschränkt. Das liegt wohl an den sehr komplexen Fragen und deren Bandbreite. Die kurzen Ist-Analysen oder -Beschreibungen des Regierungsrates sind zwar nachvollziehbar, lassen aber bei den Schlussfolgerungen vieles offen und unbeantwortet. In der Antwort zu Frage 1 reicht es nicht, dass die Engpässe durch den Fachkräftemangel im MINT- und Gesundheitsbereich erneut festgestellt, aber keine Handlungsmaßnahmen aufgezeigt werden. Es ist zwar gut und richtig, dass mit dem Projekt Pegasus eine umfassende WLAN-Vernetzung an den Mittel- und Berufsfachschulen erreicht wird. Ebenso wichtig sind aber die Umsetzungskonzepte und die inhaltlichen Anpassungen von Unterricht und Konsequenzen für Lehrende und Lernende. In der Antwort zu Frage 2 wird das Wachstum angesprochen. Die Zahl der Lernenden steigt wieder und damit auch die Anforderungen an die Infrastruktur und die finanziellen und personellen Ressourcen. Das wird uns und muss etwas kosten. Es braucht eine Entwicklungsbereitschaft, davon spüren wir aber wenig; dies führt direkt zur Feststellung in der Antwort zu Frage 3, wonach gut motivierte Persönlichkeiten die beste Voraussetzung für den Bildungserfolg und die Bildungsqualität sind. Es ist aber fast schon zynisch, wenn unter den Evaluationsergebnissen nur die guten bis sehr guten Ergebnisse der Lernenden und der Eltern erwähnt werden, aber die Ergebnisse der Gesamtzufriedenheit der Lehrpersonen nicht. Handelt es sich um einen Zufall oder doch um die Tatsache, dass die Zufriedenheit in den letzten Jahren gesunken ist? In diesem Bereich sehen wir Handlungsbedarf. In der Antwort zu Frage 4 vermissen wir die Ausführungen zu den tieferen Ausländerinnenanteilen auf der höheren Bildungsstufe im Vergleich zum Bevölkerungsanteil und einen Hinweis darauf, dass die Abschlussquote bei Schweizer Jugendlichen auf der Sekundarstufe II mindestens bei 95 Prozent liegt, bei ausländischen aber bei erst knapp 90 Prozent. Hier besteht Handlungsbedarf. Die SP findet es schade, dass der Regierungsrat keinen Planungsbericht in Erwägung zieht.

Jörg Meyer: Die höhere Berufsbildung, die auch zur tertiären Bildung gehört, geht in der ganzen Antwort leider unter, wenn von den Hochschulen oder der tertiären Bildung die Rede ist. Gerade der Kanton Luzern mit seinen vielen KMU und als Berufsbildungskanton täte gut daran, die höhere Berufsbildung bei den anstehenden bildungspolitischen Diskussionen nicht zu vergessen.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Die gestellten Fragen wären eigentlich dazu geeignet, im Rahmen eines Planungsberichtes beantwortet zu werden; eine Anfrage reicht dafür kaum aus. Wir haben jedoch erst 2016 in Zusammenarbeit mit Lustat einen umfassenden Planungsbericht erarbeitet, der Ihnen allen bekannt ist. Eine so grosse Arbeit können wir nicht jedes Jahr wiederholen. Ich wehre mich gegen die Aussage, dass der Kanton Luzern keine Bildungsstrategie habe und aufpassen müsse, dass er den Anschluss nicht verpasse. Selbstverständlich haben wir eine Bildungsstrategie, und diese wird auch periodisch aktualisiert. So werden wir uns dieses Frühjahr Gedanken über notwendige Anpassungen machen. Wir haben den Anschluss nicht verpasst, müssen aber aufpassen, ihn nicht zu

verlieren. Zur Digitalisierung fehlen die notwendigen Umsetzungskonzepte. In der Schweiz weiss heute noch niemand, wie die Digitalisierung im Bildungsbereich in fünf oder zehn Jahren umgesetzt wird. Wir müssen deshalb auf dem Laufenden bleiben. Bezüglich Infrastruktur steht unser Kanton im schweizerischen Vergleich sehr gut da, da wir die entsprechenden Vorbereitungen getroffen haben. Was die Kostenentwicklung im Bildungsbereich angeht, sind wir gut unterwegs. Unsere Aufgabe ist es, das Wachstum im Griff zu behalten.